

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

24.11.2023

Drucksache 18/30610

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Ferdinand Mang AfD** vom 24.08.2023

Flüchtlingsheim Allersberg, Landkreis Roth

Das Landratsamt Roth hat in 90584 Allersberg, Weihergasse 2 einem Bauvorhaben zur Errichtung einer Asylunterkunft zugestimmt, trotz Verweigerung der Zustimmung zahlreicher Anwohner.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1.	Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde die Baugenehmigung trotz Verweigerung der Zustimmung der Anwohner getroffen?	_ 2
2.	Wurden bereits Verträge mit staatlichen Stellen bezüglich Unterbringung von Flüchtlingen in dieser Unterkunft geschlossen?	. 2
3.	Welche Vergütungen werden von staatlichen Stellen für die Unterbringung in dieser Asylunterkunft gezahlt?	. 2
4.	Welchen Nationalitäten gehören die Flüchtlinge an, die dort untergebracht werden sollen?	. 2
5.	Wie ist die Zusammensetzung der Flüchtlinge, die dort untergebracht werden sollen, im Hinblick auf Familien, Einzelpersonen (männlich/weiblich)?	. 2
6.	Welche Rolle spielen die örtlichen Behörden und Organisationen bei der Umsetzung und dem Betrieb der Flüchtlingsunterkunft?	. 2
7.1	Wie wurden die Anwohner und die Gemeinde über die Pläne informiert?	. 3
7.2	Welche Schritte wurden unternommen, um ihre Bedenken und Fragen zu berücksichtigen?	. 3
8.	Welche Sicherheitsvorkehrungen und -maßnahmen werden in Bezug auf die Flüchtlingsunterkunft ergriffen, um die Sicherheit der Bewohner und der lokalen Bevölkerung zu gewährleisten?	. 3
	Hinweise des Landtagsamts	. 4

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr vom 23.09.2023

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde die Baugenehmigung trotz Verweigerung der Zustimmung der Anwohner getroffen?

Auf Basis der Bayerischen Bauordnung.

2. Wurden bereits Verträge mit staatlichen Stellen bezüglich Unterbringung von Flüchtlingen in dieser Unterkunft geschlossen?

Derzeit besteht ein Beherbergungsvertrag mit dem Landratsamt Roth, welches die Aufgabe der Unterbringung als Staatsbehörde wahrnimmt.

3. Welche Vergütungen werden von staatlichen Stellen für die Unterbringung in dieser Asylunterkunft gezahlt?

Die Kosten für diese Unterkunft bewegen sich nach Mitteilung der zuständigen Behörden im ortsüblichen Rahmen. Da aktuell nicht auszuschließen ist, dass im dortigen Bereich kurzfristig weitere Anmietungen notwendig werden könnten, wird auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des parlamentarischen Fragerechts davon abgesehen, die exakte Höhe der Unterkunftskosten anzugeben, um die Verhandlungsposition der Unterbringungsverwaltung, die an den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gebunden ist, gegenüber den potenziellen Vertragspartnern nicht zu schwächen.

4. Welchen Nationalitäten gehören die Flüchtlinge an, die dort untergebracht werden sollen?

Die unterzubringenden Personen können grundsätzlich unterschiedliche Nationalität haben.

5. Wie ist die Zusammensetzung der Flüchtlinge, die dort untergebracht werden sollen, im Hinblick auf Familien, Einzelpersonen (männlich/ weiblich)?

Die Belegung richtet sich nach dem Unterbringungsbedarf und wird vom Landratsamt vor Ort gesteuert. Es können in der konkreten Unterkunft Einzelpersonen und Familien sowie Personen jeden Geschlechts untergebracht werden.

6. Welche Rolle spielen die örtlichen Behörden und Organisationen bei der Umsetzung und dem Betrieb der Flüchtlingsunterkunft?

Die Anmietung, Belegung und Betreuung der dezentralen Unterkünfte erfolgt durch das Landratsamt Roth. Eine Unterstützung der dort wohnhaften Asylbewerber erfolgt u.a. durch den Beherbergenden und die Sozialbetreuung des Landratsamts Roth.

7.1 Wie wurden die Anwohner und die Gemeinde über die Pläne informiert?

Eine Kontaktaufnahme mit den Gemeinden erfolgt vor Vertragsschluss. Am 06.06.2023 ist der neue Bauantrag bei der Marktgemeinde Allersberg eingegangen. Die Marktgemeinde hat in öffentlicher Sitzung des Bauausschusses am 29.06.2023 das gemeindliche Einvernehmen erteilt.

7.2 Welche Schritte wurden unternommen, um ihre Bedenken und Fragen zu berücksichtigen?

Im Baugenehmigungsverfahren sind beim Landratsamt Roth keine Einwendungen eingegangen. Des Weiteren bietet das Landratsamt Roth den Gemeinden an, bei Bürgerversammlungen zu unterstützen, um Fragen zu beantworten.

8. Welche Sicherheitsvorkehrungen und -maßnahmen werden in Bezug auf die Flüchtlingsunterkunft ergriffen, um die Sicherheit der Bewohner und der lokalen Bevölkerung zu gewährleisten?

Eine Unterstützung der dort wohnhaften Asylbewerber erfolgt u.a. durch den Beherbergenden und die Sozialbetreuung des Landratsamts Roth. Die Unterbringungsverwaltung stimmt sich vor der Eröffnung einer Unterkunft grundsätzlich immer mit der örtlichen Polizei zur Sicherheitslage ab und ergreift gegebenenfalls auch notwendige Maßnahmen, wie z.B. die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes.

Die Bayerische Polizei erhebt außerdem fortwährend die aktuelle Sicherheitslage in und im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, um lage- und situationsangepasst auf erkannte Sicherheits- und Ordnungsstörungen reagieren zu können.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fussnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.